Mulj jeder erst aus Fehlem 3 lernen?°

ä Ohne Zeitverlust die Erfahrungen von j Neuholland anwenden

Warum brauchen viele LPG so lange, um zu innerbetrieblichen Verträgen nach dem Beispiel Neuholland zu kommen? Was hemmt sie? In unserer LPG "Einheit" in Kremmen, Kreis Oranienburg, hat es auch recht lange gedauert, obwohl wir fast Nachbarn von Neuholland sind und nur über den Zaun zu schauen brauchten, um uns die guten Erfahrungen anzueignen.

Wir mußten vor allem zwei Dinge lernen: Erstens — Inhalt und Bedeutung der Erfahrungen von Neuholland zu verstehen, zweitens — uns konsequent mit Vorbehalten gegen die innerbetrieblichen Verträge auseinanderzusetzen. Das war auch der Kern der Kritik, die das Sekretariat der Kreisleitung mehrmals an der Arbeit der Grundorganisation und ihrer Leitung üben mußte. Wie war das bei uns?

Krach um die Prämien

Gegen Ende des vergangenen Jahres plötzlich Ärger mit einigen Brigaden Feldwirtschaft, die keine Prämien erhalten soll-Sie hatten "ihre" Produktionsverpflichtun-Dafür sollten sie nicht erfüllt. verantwortlich gemacht werden. So stand es in innerbetrieblichen Verträgen, die zwischen Vorstand und den Produktionskollektiven geschlossen" worden waren. Die Mitglieder nichts den Verträgen aber von waren natürlich mit den Maßnahmen nicht verstanden

Wir hatten einen ernsten Fehler gemacht. Die Verträge waren im kleinen Kreis der Leiter entstanden. Die Brigadiere hatten sie unterschrieben, aber in den Brigaden nicht einmal darüber gesprochen.

Warum hatten wir die Sache so formal angefaßt? Wir hatten den Sinn der Verträge nicht verstanden, wir waren nicht überzeugt, daß sie uns nützlich sein könnten. Die Kreisleitung der Partei und die Produktionsleitung wiesen uns auf die guten Erfahrungen in Neuholland hin und forderten uns auf, auch Verträge einzuführen. Wir haben dann auch formal welche ausgearbeitet und unterschrieben. Die Nichterfüllung der Pläne dieser Brigaden und der Krach um die verlorenen Prämien zeigten uns deutlich,



Das Gesetz über den Perspektivplan sieht vor, das Angebot an Nahrungs- und Genußmitteln bis 1970 auf etwa 118 bis 120 Prozent zu erhöhen.